

N i e d e r s c h r i f t

**der 17. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 05.03.2008**

öffentlich

Ort:
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Stadthaus, Wappensaal,

Zeit:

17:00 Uhr bis 18:30 Uhr

Anwesenheit:

siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Harald Bartl	CDU	Vertreter für Frau Isa Weiß
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herrn Gernot Töpfer	CDU	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Hans-Jürgen Schiller	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Klaus Adam	SKE	
Herr Hartmut Büchner	SKE	
Herr Swen Knöchel	SKE	
Frau Gabriele Maier	SKE	
Herr Thomas von Malottki	SKE	
Herr Matthias Waschitschka	SKE	
Frau Sybille Brünler-Süßner	Verw	
Frau Annett Groß	Verw	
Herr Hans-Joachim Kloppe	Verw	
Herr Wolfgang Meissner	Verw	
Frau Elke Rost	Verw	
Frau Dorit Schmidt	Verw	
Frau Ristau-Becker	Verw	
Herr Burkhard Feißel	MA Fraktion SPD als Gast	
Herr Lohmann	Presse (MZ) als Gast	
drei Bürger als Gäste		

Es fehlen:

Frau Isa Weiß	CDU	entschuldigt
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Herr Nico Baresel	SKE	

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vergleichende überörtliche Prüfung der Kindertageseinrichtungen nach dem Kinderförderungsgesetz (KiFöG) in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/06984
5. Zusammenstellung der Gutachten 2007
6. Fraktionsübergreifender Antrag zur Vertragslage zwischen der Kulturinsel/nt und der Gastro-GmbH Vorlage: IV/2007/06548
7. Anfragen von Stadträten
8. Beantwortung von Anfragen
9. Anregungen
10. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Frau Nagel, eröffnete und leitete die Sitzung. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden, Frau Nagel, merkte Herr Wehrich an, dass die Thematik „Gewährleistung des Beteiligungsmanagements einschließlich der Prüfung ausgewählter Unternehmen“ (Bericht des Landesrechnungshofes vom 28.09.2006) nicht wie vorgesehen auf der Tagesordnung steht.

Herr Kloppe erwiderte, dass er in Abstimmung mit der Ausschussvorsitzenden unter TOP 10 – Mitteilungen - dazu ausführen werde.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung wurde bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift (öffentlicher Teil) der 16. Sitzung vom 28.11.2007 wurde in der vorliegenden Fassung genehmigt.

**zu 4 Vergleichende überörtliche Prüfung der Kindertageseinrichtungen nach dem Kinderförderungsgesetz (KiFöG) in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/06984**

Zu Beginn der Erörterung wurden nachfolgende Tischvorlagen ausgereicht:

- Richtlinie zur Finanzierung der Kindertagesstätten
Information für den Hauptausschuss vom 14.02.2008
- Finanzierung der Kindertageseinrichtungen
Schreiben der Freien Träger von Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) an
Fraktionen und Ausschüsse des Stadtrates vom 05.03.2008
- Schreiben des GB IV vom 05.03.2008
Antwort der Verwaltung auf die Anfragen des Stadtrates, Herrn Geuther - CDU – zur
Behandlung der Vorlage IV/2008/06984

Per Fax und E-Mail waren am 03.03.2008 nachfolgende **Anträge und Anfragen** des Stadtrates, Herrn Geuther – CDU -, an die Stadtverwaltung der Stadt Halle bzw. an den Eigenbetrieb zur Behandlung der Vorlage IV/2008/06984

„Vergleichende überörtliche Prüfung der Kindertageseinrichtungen nach dem Kinderförderungsgesetz (KiFöG) in der Stadt Halle (Saale)“
im Fachbereich Rechnungsprüfung eingegangen und an den zuständigen Geschäftsbereich IV zur umgehenden Beantwortung weitergeleitet worden:

(Reihenfolge der Fragen geordnet entsprechend der Stellungnahme der Stadtverwaltung)

- „ 1. Sind derzeit sämtliche einrichtungsbezogenen Konzeptionen erfasst?
2. Der derzeitige Stand der Auslastung der Platzkapazitäten je Betreuungsart ist vorzulegen.
3. Die Statistik zur Gewährung von Ermäßigungen und dem Erlass von Elternbeiträgen im Jahr 2007 gegenüber 2006 ist vorzulegen.
4. Wann ist die zusätzliche statistische Erhebung der Ermäßigungen mit Hilfe von ProKita möglich?
5. Die im Punkt 5), Seite 33f vom Landesrechnungshof als notwendig erachteten Analysen und Vergleiche hinsichtlich der unterschiedlichen Aufwendungen sind vorzulegen.
6. Die im Punkt 6), Seite 37f vom Landesrechnungshof als notwendig erachtete Analyse hinsichtlich der unterschiedlichen Aufwendungen der Gebäudereinigungskosten sind vorzulegen.
7. Wie ist der Stand der Vertragsverhandlungen mit den Erbringern der Gebäudereinigungsleistungen?

8. Die von der Prüfbehörde geforderte einrichtungsbezogene Verbrauchs- und Kostenerfassung der Verbrauchsmedien ist vorzulegen.
9. Die von der Prüfbehörde geforderte Analyse der unterschiedlichen Personalausgaben je VbE ist vorzulegen.
10. Die von der Prüfbehörde geforderte Analyse anhand der Jahresabschlüsse für die Geschäftsjahre ab 2006 zum Effekt der Reduzierung städtischer Zuschüsse ist vorzulegen.
11. Die Frage der Prüfbehörde: „**Weshalb** freie Träger, die eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen haben, eine höhere Verwaltungskostenpauschale erhalten haben als andere freien Träger und **warum** diese über den Aufwendungen städtischer Einrichtungen liegt“ ist von der Stadtverwaltung nicht beantwortet worden. Dies ist nachzuholen.
12. Wie ist der gegenwärtige Stand der Prüfung der Verwendungsnachweise?

Die Vorlage der geforderten Analysen und Statistiken kann ggf. auch in elektronischer Form erfolgen.“

Frau Schmidt vom GB IV - Soziales und Jugend und Frau Ristau-Becker vom FB 51 führten zum TOP aus.

Frau Wolff stellte den Antrag, den Bericht des Landesrechnungshofes vom 28.11.2007 erst nach Beratung im Jugendhilfeausschuss im Rechnungsprüfungsausschuss zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Geuther und Herr Knöchel äußerten übereinstimmend, dass der zuständige Fachausschuss Kenntnis vom Bericht des Landesrechnungshofes haben sollte. Sie sahen weiteren Beratungsbedarf im Fachausschuss und unterstützten den Geschäftsordnungsantrag von Frau Wolff.

Frau Nagel rief den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Beschluss: vertagt

Der Rechnungsprüfungsausschuss vertagt die Beschlussfassung über die Vorlage IV/2008/ 06984 „Vergleichende überörtliche Prüfung der Kindertageseinrichtungen nach dem Kinderförderungsgesetz (KiFöG) in der Stadt Halle (Saale) bis der Jugendhilfeausschuss über die Vorlage beraten hat und hierüber ein Votum vorliegt.

Frau Schmidt vom GB IV - Soziales und Jugend und Frau Ristau-Becker vom FB 51 beantworteten die Anfragen der Ausschussmitglieder.

Die o. g. 12 Fragen wurden im Einzelnen vorgetragen und im Verlaufe der Erörterung der Tischvorlage ergänzend beantwortet. Frau Schmidt sicherte den Ausschussmitgliedern zu, die Antworten auf die aus Zeitgründen heute noch nicht beantworteten Anfragen schriftlich nachzureichen.

Frau Wolff merkte an, dass in der Stellungnahme der Verwaltung zu oberflächlich auf den Bericht des Landesrechnungshofes eingegangen worden sei und fragte, warum die Vorlage erst jetzt vorgelegt wurde. Sie werde weitergehende Anfragen schriftlich nachreichen, da sie in der Kürze der Zeit sich nicht mit den Tischvorlagen befassen konnte.

Des Weiteren stellten Frau Wolff und Herr Wehrich fest, dass die Verwaltung nicht auf alle

Feststellungen bzw. Erklärung für Nichtbeantwortung.

(18:00 Uhr – Frau Schmidt und Frau Ristau-Becker verließen die Sitzung.)

zu 5 Zusammenstellung der Gutachten 2007

Die Aufstellung der von den Fachbereichen, Geschäftsbereichen und Eigenbetrieben gemeldeten Gutachten wurde mit der Einladung zur Information ausgereicht und von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Die Behandlung der Thematik basiert auf dem Antrag in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 07.03.2002, nach dem die Verwaltung eine Zusammenstellung aller Maßnahmen und Kosten für Gutachterleistungen jährlich dem Rechnungsprüfungsausschuss vorzulegen hat.

Es wurde die vom Rechnungsprüfungsausschuss geforderte Untergliederung in sachlich erforderliche Gutachten und sonstige notwendige Gutachten vorgenommen. Die aus den Meldungen entwickelte Aufstellung dient dem Rechnungsprüfungsausschuss als Übersicht und Unterlage, um die Gelegenheit einer kritischen Betrachtung jeder einzelnen Maßnahme wahrnehmen zu können.

- a) *sachlich erforderliche Gutachten:*
Unter den sachlich erforderlichen Gutachten werden die Gutachten aufgeführt, deren Erforderlichkeit aus den gesetzesspezifischen Vorschriften der einzelnen Bereiche abzuleiten ist.

- b) *sonstige notwendige Gutachten*
Hierunter werden die Gutachten verstanden, die seitens der einzelnen Bereiche im Rahmen der laufenden Verwaltung und zur Unterstützung der Verwaltungspraxis und Entscheidungsfindung vergeben und in der Folge von Dritten ausgefertigt worden sind.

Hierbei empfiehlt es sich aus rationellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Einzelfall vorrangige Maßgaben als sog. Leitlinie für die Vergabe von Gutachten und Beratungsleistungen zu berücksichtigen – vgl. SGSA Nr. 188 – Eckpunkte zur Vergabe von Gutachten und Beratungsleistungen.

Die Rechnungsprüfung prüft im Rahmen der Vergabeprüfung und der Visakontrolle die einzelnen Gutachterleistungen. Die Ergebnisse dieser Prüfmaßnahmen fließen in der Folge in die Schlussberichterstattung 2007.

Herr Dr. Yousif hinterfragte die Kosten-Nutzen-Relation des vom Fachbereich Wirtschaftsförderung in Auftrag gegebenen Gutachtens an das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Saale) in Höhe von ca. 15 TEUR.

Die Anfrage wurde zur Beantwortung an die Verwaltung weitergeleitet

zu 6 Fraktionsübergreifender Antrag zur Vertragslage zwischen der Kulturinsel/nt und der Gastro-GmbH Vorlage: IV/2007/06548

Der FBL Rechnungsprüfung, Herr Kloppe, informierte über den Bearbeitungsstand des Prüfauftrages:

Die Rechnungsprüfung hat ihre Sachstandsaufnahmen im Rahmen der Prüfung abgeschlossen. Danach hat es in der Vergangenheit durchgehend fachliche Unterstützung für die Schaffung von ordnungsgemäßen Rahmenbedingungen durch Dritte, wie z. B. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Rechtsanwaltsbüros gegeben. Ferner wurden die Eigenbetriebsjahresabschlüsse regelmäßig durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bestätigt und in der Folge geprüft.

Stadtintern hat die Rechnungsprüfung seit 1990 die finanziellen Vorgänge begleitet und regelmäßig Bericht erstattet. Neben der Beteiligungsverwaltung waren auch das Rechtsamt und andere Bereiche bei der Stadtverwaltung mit der Begutachtung von Regelungen befasst. Eine umfassende Berichterstattung über die dadurch gewonnenen Erkenntnisse hat daraufhin in den zuständigen Gremien ebenfalls lückenlos stattgefunden.

Allein der Vermögensstatus und die Vermögensübertragungen sind derzeit noch nicht in allen Fällen nachvollzogen worden. Hierbei ist allerdings eine freiwillige Mitarbeit Dritter unbedingt erforderlich.

Derzeit wird alles darangesetzt, diese letzten Informationen zu erhalten, um ein vollständiges Bild über die Ausgangssituation der Kulturinsel zu erhalten.

Herr Bartl merkte an, dass die Frage, mit welchen Maßgaben städtisches Eigentum in den Förderverein überführt wurde, nicht vergessen werden sollte.

Herr Büchner erinnerte an die Aufbewahrungspflichten für Unterlagen und Belege und stellte die Frage in den Raum, inwieweit es realistisch ist, die Vermögensübertragung noch nachzuweisen.

Frau Nagel erklärte, dass der Antrag noch abschließend im Rechnungsprüfungsausschuss behandelt wird.

zu 7 Anfragen von Stadträten

Es gab keine Anfragen.

zu 8 **Beantwortung von Anfragen**

- **Vereinbarung des Händel-Festspielorchesters**

In Beantwortung der Anfragen aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 28.11.2007 unter TOP 5.1 wurde die Rechnungsprüfung mündlich davon in Kenntnis gesetzt, dass der Fachbereich 30 – Recht – noch an dieser Angelegenheit arbeitet.

- **Beauftragung von Rechtsanwälten und Notaren**

In der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 28.11.2007 wurde unter TOP 5.2 eine erweiterte Aufstellung zur Beauftragung von Rechtsanwälten und Notaren für das Jahr 2006 gefordert.

In Beantwortung dessen wurde das Schreiben des Fachbereiches 30 – Recht – vom 06.02.2008 als Tischvorlage ausgereicht.

zu 9 **Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

zu 10 **Mitteilungen**

- **Stand der Erarbeitung des Schlussberichtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2006**

Herr Kloppe informierte über den aktuellen Bearbeitungsstand und führte aus:

Der Schlussbericht 2006 wird Anfang der nächsten Woche zum Druck aufgelegt. Parallel dazu erfolgt derzeit die Ausfertigung der Stellungnahme der Verwaltung, so dass die erforderliche Vorlage für die Gremien ebenfalls vorbereitet werden kann.

Sobald die Unterlagen vollständig zur Verfügung stehen, ist eine kurzfristige Abstimmung mit der Oberbürgermeisterin erforderlich, um einen zügigen Durchlauf im Verwaltungsprozess zu fördern.

Der derzeitige Ablauf der Bearbeitung des Schlussberichtes 2006 kann auch dann nicht befriedigen, wenn berücksichtigt wird, dass die intensiven Fortbildungsmaßnahmen einen erheblichen Anteil an der Arbeitszeit des Fachbereiches Rechnungsprüfung eingenommen haben. Wesentlich für die Verzögerung der Prüfarbeiten war insbesondere die stringente und zeitraubende Befassung mit der Haushaltskonsolidierung in weiten Teilen der Verwaltung. Zudem bedarf es nach wie vor der Professionalisierung mit dem ordnungsgemäßen Umgang mit Prüffeststellungen in weiten Teilen der Verwaltung.

Auch in der Zukunft wird der Fortbildungsanteil einen erheblichen Stellenwert für die Rechnungsprüfung einnehmen. Gleichwohl wird es erforderlich werden, durch entsprechend wirkungsvolle Steuerungsmaßnahmen die Bearbeitungszeit des Schlussberichtes 2007 so zu kürzen, dass eine Erledigung bis zum Ende 2008 termingerecht möglich sein wird.

- **Vorbereitungsmaßnahmen zur Bearbeitung des Schlussberichtes 2007**

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2007 kann frühestens mit der Übergabe der Jahresrechnung 2007 begonnen werden. Vorbereitende Maßnahmen sind bereits getroffen worden. Eine erste Koordinierung der Vorgehensweise und der Festlegung von Themenschwerpunkten erfolgt noch im Laufe des Monats März 2008. Der obligatorische Teil der Schlussberichterstattung 2007 kann unabhängig davon bereits erarbeitet werden, soweit dieser Teil nicht überwiegend von Jahresabschlussdaten abhängig ist.

- **Erörterung zum Thema „Gewährleistung des Beteiligungsmanagements einschließlich der Prüfung ausgewählter Unternehmen“ (Bericht des Landesrechnungshofes vom 28.09.2006)**

Herr Wehrich möchte die Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) vom 28.01.2008 an das Landesverwaltungsamt in Fortführung der Behandlung noch offener Fragen zur Verfügung gestellt bekommen und fragte nachdrücklich, wann die Thematik beraten wird.

Herr Kloppe führte aus, die noch ausstehende Antwort des Landesverwaltungsamtes auf das Schreiben der Verwaltung vom 28.01.2008 mit zum Gegenstand einer abschließenden Behandlung im Rechnungsprüfungsausschuss zu nehmen.

Weitere Mitteilungen gab es nicht.

Der öffentliche Teil der 17. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses wurde um 18:23 Uhr geschlossen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 22.04.08

Elisabeth Nagel
Ausschussvorsitzende

Elke Rost
Protokollführerin

